

Gesamte Rechtsvorschrift für Abkommen – Einkommen- und Vermögensteuern samt Protokoll (Mongolei), Fassung vom 23.02.2024

Langtitel

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER MONGOLEI AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN SAMT PROTOKOLL
StF: BGBl. III Nr. 92/2004 idF BGBl. III Nr. 53/2005 (VFB) (NR: GP XXII RV 257 AB 329 S. 40 BR: AB 6940 S. 704.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde gemäß Artikel 29 Absatz 1 des Abkommens am 9. Juli 2004 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 29 Abs. 2 am 1. Oktober 2004 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Republik Österreich und die Mongolei, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Grundsteuer;
- (iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- (v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken

(im Folgenden als “österreichische Steuer” bezeichnet);

b) in der Mongolei:

(i) die Einkommensteuer;

(ii) die Körperschaftsteuer;

(iii) die Vermögensteuer

(im Folgenden als “mongolische Steuer” bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeuten die Ausdrücke “ein Vertragsstaat” und “der andere Vertragsstaat”, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder die Mongolei;

b) bedeutet der Ausdruck “Österreich” die Republik Österreich;

c) bedeutet der Ausdruck “Mongolei”, im geografischen Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet der Mongolei und jedes Gebiet, in dem die Steuergesetze der Mongolei in Kraft sind, soweit die Mongolei in diesem Gebiet in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte zur Ausbeutung von Bodenschätzen ausübt;

d) umfasst der Ausdruck “Person” natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

e) bedeutet der Ausdruck “Gesellschaft” juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

f) bedeuten die Ausdrücke “Unternehmen eines Vertragsstaats” und “Unternehmen des anderen Vertragsstaats”, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

g) bedeutet der Ausdruck “internationaler Verkehr” jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck “zuständige Behörde”

(i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;

(ii) in der Mongolei: den Finanzminister oder dessen bevollmächtigten Vertreter;

i) bedeutet der Ausdruck “Staatsangehöriger”

(i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;

(ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck “eine in einem Vertragsstaat ansässige Person” eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen

unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Gewinne" umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich

gleichbehandelten Personenvereinigung und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Artikel 8

Internationaler Verkehr

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden. Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) in allen anderen Fällen, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte,

die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind

- a) Zinsen, die aus Österreich stammen und an die mongolische Regierung oder die Mongol Bank gezahlt werden, von der österreichischen Steuer ausgenommen;
- b) Zinsen, die aus der Mongolei stammen und an die österreichische Regierung oder die österreichische Nationalbank gezahlt werden, von der mongolischen Steuer ausgenommen;
- c) Zinsen, die aus einem Kredit stammen, der von der Oesterreichischen Kontrollbank AG gewährt wird oder mit einer öffentlichen Garantie im Wege der Oesterreichischen Kontrollbank AG als Bevollmächtigte der Republik Österreich ausgestattet ist, von der mongolischen Steuer ausgenommen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren gemäß Absatz 4 lit. a nicht übersteigen.

(3) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren gemäß Absatz 4 lit. b nicht übersteigen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden für:

- a) die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme;
- b) Patente, Marken, Muster oder Modelle, Pläne, geheime Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13 GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine feste Einrichtung zur Verfügung steht oder dass sie sich im anderen Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage in dem betreffenden Kalenderjahr aufhält. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung oder hält sie sich in diesem Staat für den genannten Zeitraum auf, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können oder als sie im anderen Staat im genannten Zeitraum bezogen werden.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf Einkünfte, die ein Künstler oder Sportler aus einer in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit bezieht, nicht anzuwenden, wenn der Aufenthalt in diesem Staat in erheblichem Umfang durch öffentliche Mittel eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten oder ihrer

Gebietskörperschaften gefördert wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die nach einem öffentlichen Plan im Rahmen des Sozialversicherungssystems oder eines Sondervermögens eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften gezahlt werden, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

- (i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- (ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig

geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder auf einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in der Mongolei und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

Lehrer und Forscher

Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat hauptsächlich zu dem Zweck aufhält, um an einer Universität, einem College, einer Schule oder Bildungseinrichtung oder einem von der Regierung dieses Staates anerkannten Forschungsinstitut zu lehren, zu unterrichten oder zu forschen und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrer Einreise in den erstgenannten Vertragsstaat ansässig war, ist im erstgenannten Vertragsstaat für einen Zeitraum von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer ersten Ankunft im erstgenannten Vertragsstaat hinsichtlich der Einkünfte für diese Lehr-, Unterrichts- oder Forschungstätigkeit von der Steuer ausgenommen.

Artikel 21

STUDENTEN UND PRAKTIKANTEN

Ein Student, Lehrling oder Praktikant, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor seiner Einreise in den erstgenannten Vertragsstaat ansässig war, ist im erstgenannten Staat hinsichtlich folgender für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung bestimmten Zahlungen oder dafür bezogenen Einkünfte von der Besteuerung ausgenommen:

- a) Zahlungen, die aus Quellen außerhalb dieses Vertragsstaates stammen; und

- b) Zuschüsse, Stipendien oder Preise, die er von der Regierung oder einer wissenschaftlichen, pädagogischen, kulturellen oder einer nicht auf Gewinn gerichteten Organisation erhält; und
- c) Einkünfte, die er für eine Beschäftigung erhält, die er in diesem Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres ausübt.

Artikel 22

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

Artikel 23

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 24

METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Mongolei besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b bis e diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 oder 12 in der Mongolei besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Mongolei gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelte Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Mongolei bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Als anrechenbare mongolische Steuer im Sinne der lit. b dieses Absatzes gilt im Falle der in Artikel 10 Absatz 1 lit. b, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 12 Absätze 2 und 3 genannten Einkünfte ein Betrag von 10 vom Hundert des Bruttobetrags dieser Einkünfte.
- d) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 1 lit. a, die von einer in der Mongolei ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- e) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der

Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In der Mongolei wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden: Bezieht eine in der Mongolei ansässige Person Einkünfte aus Österreich oder hat sie Vermögen in Österreich, wird die Steuer, die nach diesem Abkommen in Österreich zu zahlen ist, auf die mongolische Steuer angerechnet, die von dieser ansässigen Person erhoben wird. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Betrag der mongolischen Steuer nicht übersteigen, der für diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach den Steuergesetzen und Verordnungen der Mongolei ermittelt wird.

Artikel 25

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 7 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Können Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, von den zuständigen Behörden nicht im Verständigungsverfahren nach den vorherstehenden Absätzen dieses Artikels innerhalb einer Frist von zwei Jahren ab der Verfahrenseinleitung beseitigt werden, ist der Fall über Antrag aller betroffenen Steuerpflichtigen von der zuständigen Behörde jenes Vertragsstaates, der das Verständigungsverfahren eingeleitet hat, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dem Schiedsgericht gehört pro Vertragsstaat je ein Vertreter der zuständigen Behörde und je eine unabhängige Person an, die aus einer Liste von Schiedsrichtern in der Rangfolge ihrer Reihung bestellt wird. Die Schiedsrichter wählen eine weitere Person als Vorsitzenden, der die Voraussetzungen für die Ausübung höchstrichterlicher Aufgaben in seinem Land erfüllen oder Jurist von allgemein bekannter Kompetenz sein muss. Jeder Staat ernennt fünf kompetente Personen für die Liste der Schiedsrichter. Der Steuerpflichtige wird auf sein Verlangen vor dem Schiedsgericht angehört. Das Schiedsgericht gibt seine Entscheidung binnen sechs Monaten ab, nachdem es befasst worden ist. Die Entscheidung ist hinsichtlich des Einzelfalles für beide Vertragsstaaten und alle betroffenen Steuerpflichtigen bindend.

Artikel 27

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, so weit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 28

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 29

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden auf Steuern aller Kalenderjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 30 KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuern aller Kalenderjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 3. Juli 2003, in zweifacher Ausfertigung, jede in englischer, deutscher und mongolischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel geht der englische Text vor.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Mongolei auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterfertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder dem Musterabkommen der Vereinten Nationen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder in den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre - falls erforderlich - eine einvernehmliche Auslegung im gegenseitigen Einvernehmen gemäß Artikel 26 zu suchen.

Zu Artikel 24 Absatz 1 lit. c:

Es gilt als vereinbart, dass diese Bestimmungen keine Anwendung finden, wenn die äußere Erscheinungsform einer geschäftlichen Transaktion, die zur Anwendung dieser Bestimmung führt, hauptsächlich zum Zwecke der Umgehung von Steuern gewählt wurde.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig bevollmächtigten Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 3. Juli 2003, in zwei Urschriften, jede in englischer, deutscher und mongolischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2004**Ausgegeben am 10. August 2004****Teil III**

92. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Mongolei auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXII RV 257 AB 329 S. 40 BR: AB 6940 S. 704.)

92.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER MONGOLEI AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN SAMT PROTOKOLL

Die Republik Österreich und die Mongolei, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,
haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Grundsteuer;
- (iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- (v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken
(im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet);

b) in der Mongolei:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Vermögensteuer

(im Folgenden als „mongolische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder die Mongolei;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - c) bedeutet der Ausdruck „Mongolei“, im geografischen Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet der Mongolei und jedes Gebiet, in dem die Steuergesetze der Mongolei in Kraft sind, soweit die Mongolei in diesem Gebiet in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte zur Ausbeutung von Bodenschätzen ausübt;
 - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - (ii) in der Mongolei: den Finanzminister oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenerm Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort

(entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Artikel 8

Internationaler Verkehr

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden. Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) in allen anderen Fällen, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genusssaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind

- a) Zinsen, die aus Österreich stammen und an die mongolische Regierung oder die Mongol Bank gezahlt werden, von der österreichischen Steuer ausgenommen;
- b) Zinsen, die aus der Mongolei stammen und an die österreichische Regierung oder die österreichische Nationalbank gezahlt werden, von der mongolischen Steuer ausgenommen;
- c) Zinsen, die aus einem Kredit stammen, der von der Oesterreichischen Kontrollbank AG gewährt wird oder mit einer öffentlichen Garantie im Wege der Oesterreichischen Kontrollbank AG als Bevollmächtigte der Republik Österreich ausgestattet ist, von der mongolischen Steuer ausgenommen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren gemäß Absatz 4 lit. a nicht übersteigen.

(3) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren gemäß Absatz 4 lit. b nicht übersteigen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden für:

- a) die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme;
- b) Patente, Marken, Muster oder Modelle, Pläne, geheime Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14**SELBSTÄNDIGE ARBEIT**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine feste Einrichtung zur Verfügung steht oder dass sie sich im anderen Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage in dem betreffenden Kalenderjahr aufhält. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung oder hält sie sich in diesem Staat für den genannten Zeitraum auf, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können oder als sie im anderen Staat im genannten Zeitraum bezogen werden.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15**UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16**AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17**KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf Einkünfte, die ein Künstler oder Sportler aus einer in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit bezieht, nicht anzuwenden, wenn der Aufenthalt in diesem Staat in erheblichem Umfang durch öffentliche Mittel eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften gefördert wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die nach einem öffentlichen Plan im Rahmen des Sozialversicherungssystems oder eines Sondervermögens eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften gezahlt werden, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

(i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

(ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder an einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in der Mongolei und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

Lehrer und Forscher

Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat hauptsächlich zu dem Zweck aufhält, um an einer Universität, einem College, einer Schule oder Bildungseinrichtung oder einem von der Regierung dieses Staates anerkannten Forschungsinstitut zu lehren, zu unterrichten oder zu forschen und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrer Einreise in den erstgenannten Vertragsstaat ansässig war, ist im erstgenannten Vertragsstaat für einen Zeitraum von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer ersten Ankunft im erstgenannten Vertragsstaat hinsichtlich der Einkünfte für diese Lehr-, Unterrichts- oder Forschungstätigkeit von der Steuer ausgenommen.

Artikel 21

STUDENTEN UND PRAKTIKANTEN

Ein Student, Lehrling oder Praktikant, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor seiner Einreise in den erstgenannten Vertragsstaat ansässig war, ist im erstgenannten Staat hinsichtlich folgender für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung bestimmten Zahlungen oder dafür bezogenen Einkünfte von der Besteuerung ausgenommen:

a) Zahlungen, die aus Quellen außerhalb dieses Vertragsstaates stammen; und

b) Zuschüsse, Stipendien oder Preise, die er von der Regierung oder einer wissenschaftlichen, pädagogischen, kulturellen oder einer nicht auf Gewinn gerichteten Organisation erhält; und

c) Einkünfte, die er für eine Beschäftigung erhält, die er in diesem Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres ausübt.

Artikel 22**ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

Artikel 23**VERMÖGEN**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 24**METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG**

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Mongolei besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b bis e diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 oder 12 in der Mongolei besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Mongolei gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelte Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Mongolei bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Als anrechenbare mongolische Steuer im Sinne der lit. b dieses Absatzes gilt im Falle der in Artikel 10 Absatz 1 lit. b, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 12 Absätze 2 und 3 genannten Einkünfte ein Betrag von 10 vom Hundert des Bruttobetrags dieser Einkünfte.
- d) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 1 lit. a, die von einer in der Mongolei ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- e) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In der Mongolei wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden: Bezieht eine in der Mongolei ansässige Person Einkünfte aus Österreich oder hat sie Vermögen in Österreich, wird die Steuer, die nach diesem Abkommen in Österreich zu zahlen ist, auf die mongolische Steuer angerechnet, die von dieser

ansässigen Person erhoben wird. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Betrag der mongolischen Steuer nicht übersteigen, der für diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach den Steuergesetzen und Verordnungen der Mongolei ermittelt wird.

Artikel 25

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 7 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Können Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, von den zuständigen Behörden nicht im Verständigungsverfahren nach den vorherste-

henden Absätzen dieses Artikels innerhalb einer Frist von zwei Jahren ab der Verfahrenseinleitung beseitigt werden, ist der Fall über Antrag aller betroffenen Steuerpflichtigen von der zuständigen Behörde jenes Vertragsstaates, der das Verständigungsverfahren eingeleitet hat, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dem Schiedsgericht gehört pro Vertragsstaat je ein Vertreter der zuständigen Behörde und je eine unabhängige Person an, die aus einer Liste von Schiedsrichtern in der Rangfolge ihrer Reihung bestellt wird. Die Schiedsrichter wählen eine weitere Person als Vorsitzenden, der die Voraussetzungen für die Ausübung höchstrichterlicher Aufgaben in seinem Land erfüllen oder Jurist von allgemein bekannter Kompetenz sein muss. Jeder Staat ernennt fünf kompetente Personen für die Liste der Schiedsrichter. Der Steuerpflichtige wird auf sein Verlangen vor dem Schiedsgericht angehört. Das Schiedsgericht gibt seine Entscheidung binnen sechs Monaten ab, nachdem es befasst worden ist. Die Entscheidung ist hinsichtlich des Einzelfalles für beide Vertragsstaaten und alle betroffenen Steuerpflichtigen bindend.

Artikel 27

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, so weit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 28

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 29

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden auf Steuern aller Kalenderjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 30

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Ab-

kommen nicht mehr Anwendung auf Steuern aller Kalenderjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 3. Juli 2003, in zweifacher Ausfertigung, jede in englischer, deutscher und mongolischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

Dr. Alfred Finz

Für die Mongolei:

Luvsan ERDENECHULLUN

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Mongolei auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterfertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder dem Musterabkommen der Vereinten Nationen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder in den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre – falls erforderlich – eine einvernehmliche Auslegung im gegenseitigen Einvernehmen gemäß Artikel 26 zu suchen.

Zu Artikel 24 Absatz 1 lit. c:

Es gilt als vereinbart, dass diese Bestimmungen keine Anwendung finden, wenn die äußere Erscheinungsform einer geschäftlichen Transaktion, die zur Anwendung dieser Bestimmung führt, hauptsächlich zum Zwecke der Umgehung von Steuern gewählt wurde.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig bevollmächtigten Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 3. Juli 2003, in zwei Urschriften, jede in englischer, deutscher und mongolischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

Dr. Alfred Finz

Für die Mongolei:

Luvsan ERDENECHULLUN

[englischer Vertragstext siehe Anlagen]

[mongolischer Vertragstext siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde gemäß Artikel 29 Absatz 1 des Abkommens am 9. Juli 2004 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 29 Abs. 2 am 1. Oktober 2004 in Kraft.

Schüssel

**CONVENTION BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND MONGOLIA
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Republic of Austria and Mongolia, desiring to conclude a Convention with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

**Article 1
PERSONS COVERED**

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

**Article 2
TAXES COVERED**

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- (i) the income tax (die Einkommensteuer);
- (ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
- (iii) the land tax (die Grundsteuer);
- (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- (v) the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(hereinafter referred to as „Austrian tax“);

b) in Mongolia:

- (i) the individual income tax;
- (ii) the corporate income tax;
- (iii) the property tax;

(hereinafter referred to as „Mongolian tax“).

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

**Article 3
GENERAL DEFINITIONS**

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the terms „a Contracting State“ and „the other Contracting State“ mean Austria or Mongolia as the context requires;
- b) the term „Austria“ means the Republic of Austria;

- c) the term „Mongolia“ means, when used in a geographical sense, the territory of Mongolia and any area in which the tax law of Mongolia is in force insofar as Mongolia exercises in such area, in conformity with international law, sovereign rights to exploit its natural resources;
- d) the term „person“ includes an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term „company“ means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the terms „enterprise of a Contracting State“ and „enterprise of the other Contracting State“ mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term „international traffic“ means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term „competent authority“ means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - (ii) in Mongolia: the Minister of Finance or his authorised representative;
- i) the term „national“ means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4 RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term „resident of a Contracting State“ means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5 PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term „permanent establishment“ means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term „permanent establishment“ includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term „permanent establishment“ shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in the first-mentioned State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, if such a person has and habitually exercises in that State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term „immovable property“ shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats, aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

(8) The term „profits“ as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership and in any other body of persons which is treated in the same way for tax purposes, and in the case of Austria, from a participation in a sleeping partnership (Stille Gesellschaft) created under Austrian law.

Article 8

INTERNATIONAL TRANSPORT

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) Profits from the operation of boats engaged in inland waterways transport shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise or of an inland waterways transport enterprise is aboard a ship or boat, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship or boat is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship or boat is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9
ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10
DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is a company (excluding partnerships) which owns directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) in all other cases, 10 per cent of the gross amount of the dividends

if the recipient is the beneficial owner of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(2) The term „dividends“ as used in this Article means income from shares, „jouissance“ shares or „jouissance“ rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11
INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- a) interest arising in Austria and paid to the Mongolian Government or to the Mongol Bank shall be exempt from Austrian tax;
- b) interest arising in Mongolia and paid to the Government of Austria or the Oesterreichische Nationalbank shall be exempt from Mongolian tax;
- c) interest paid in respect of a loan made by or covered by a guarantee issued by the Oesterreichische Kontrollbank AG acting on behalf of the Republic of Austria shall be exempt from Mongolian tax.

(4) The term „interest“ as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12
ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and in accordance with the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties in the meaning of paragraph 4 subparagraph a) of this Article.

(3) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and in accordance with the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties in the meaning of paragraph 4 subparagraph b) of this Article.

(4) The term „royalties“ as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for:

- a) the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films;
- b) any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision or local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13 CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, boats engaged in inland waterways transport or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14 INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities or he is present in the other Contracting State for a period exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned. If he has such a fixed base, or remains in that State for the aforesaid period or periods the income may be taxed in that other State but only so much of it as is attributable to that fixed base or is derived in that other State during the aforesaid period or periods.

(2) The term „professional services“ includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19, and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, or aboard a boat engaged in inland waterways transport, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is substantially supported by public funds of one or both of the Contracting States or of political subdivisions or local authorities thereof. In such a case, the income is taxable only in that Contracting State of which the artiste or the sportsman is a resident.

Article 18

PENSIONS

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, pensions paid and other similar payments made under a public scheme which is part of the social security system or a special fund of a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof shall be taxable only in that Contracting State.

Article 19

GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
 - (i) is a national of that State; or
 - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
- (3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner in Mongolia and to the members of the staff of that Austrian Foreign Trade Commissioner.
- (4) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 20

TEACHERS AND RESEARCHERS

An individual who is, or immediately before visiting a Contracting State was, a resident of the other State and is present in the first-mentioned Contracting State, for the primary purpose of teaching, giving lectures or conducting research at a university, college, school or educational institution or scientific research institution accredited by the Government of the first-mentioned State shall be exempt from tax in the first-mentioned Contracting State, for a period of two years from the date of his first arrival in the first-mentioned Contracting State, in respect of remuneration for such teaching, lectures or research.

Article 21

STUDENTS AND TRAINEES

A student, business apprentice or trainee who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training shall be exempt from tax in that first-mentioned State on the following payments or income received or derived by him for the purpose of his maintenance, education or training:

- a) payments derived from sources outside that Contracting State; and
- b) grants, scholarships or awards supplied by the Government, or a scientific, educational, cultural or non-profit making organization; and
- c) income derived from employment which he exercises in that Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned.

Article 22

OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such

permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(3) Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

Article 23 CAPITAL

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by boats engaged in inland waterways transport, and by movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft and boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 24 METHODS FOR THE ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) In the case of Austria, double taxation shall be eliminated as follows:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Mongolia, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) to e), exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12, may be taxed in Mongolia, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Mongolia. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Mongolia.
- c) For the purpose of the credit referred to in subparagraph b) of this paragraph the Mongolian tax shall be deemed to be 10 per cent of the gross amount in the case of income referred to in Article 10 paragraph 1 subparagraph b), Article 11 paragraph 2, Article 12 paragraphs 2 and 3.
- d) Dividends in the sense of subparagraph a) of paragraph 1 of Article 10 paid by a company which is a resident of Mongolia to a company which is a resident of Austria shall be exempt from tax in Austria, subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria, however, notwithstanding any deviating minimum participation requirements provided for by that law.
- e) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

(2) In the case of Mongolia, double taxation shall be eliminated as follows:

Where a resident of Mongolia derives income or owns capital from Austria the amount of tax that is payable in Austria in accordance with the provisions of this convention may be deducted from the Mongolian tax imposed on that resident. The amount of the deduction, however, shall not exceed the amount of the Mongolian tax on that income or capital computed in accordance with the taxation laws and regulations of Mongolia.

Article 25
NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 7 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 26
MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 25, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

(5) If it is not possible for the competent authorities to resolve difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention in course of the mutual agreement procedure according to the preceding paragraphs of this Article within a time limit of two years from the date on which the procedure was initiated, the case shall be presented, upon application of all taxpayers concerned, to an

arbitration court by the competent authority of the Contracting State which has initiated the mutual agreement procedure. The arbitration court shall consist of one representative of each competent authority of the Contracting States and of one independent person from each Contracting State who shall be appointed from a list of arbitrators in the order of their ranking. The arbitrators shall elect another person as chairman who must possess the qualifications required for the appointment to the highest judicial offices in his country or be a juriconsult of recognized competence. Each State shall nominate five competent persons for the list of arbitrators. The taxpayer shall be heard before the arbitration court at his request. The arbitration court shall deliver its decision not more than six months from the date on which the matter was referred to it. The decision shall be binding with regard to the individual case on both Contracting States and all taxpayers concerned.

Article 27

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only in so far as this is necessary to safeguard predominant and legitimate interests of another person or predominant public interests.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the basic rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

Article 28

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 29

ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any calendar year beginning after December 31 in the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

Article 30

TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect in respect of the taxes

for any calendar year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate in Vienna on the 3rd day of July 2003, in the English, German and Mongolian languages, each text being equally authentic. In case of divergency of interpretation, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:
Dr. Alfred Finz

For Mongolia:
Luvsan ERDENECHULLUN

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention between the Republic of Austria and Mongolia with respect to taxes on income and on capital, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention:

Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital or the United Nations Model Double Taxation Convention between Developed and Developing Countries shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD or UN Commentaries thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention. The Commentaries - as they may be revised from time to time - constitute a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties. In case of any divergence in the interpretation as expressed in the commentaries of the OECD and the UN Model, a common interpretation would have to be sought by mutual agreement according to Article 26, if necessary.

Ad Article 24 paragraph 1, subparagraph c:

It is understood that the provisions of that subparagraph will not apply if the form of a transaction giving rise for the application of those provisions was mainly chosen with a view to avoid taxes.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Vienna on the 3rd day of July 2003, in the English, German and Mongolian languages, each text being equally authentic. In the case of divergency between the texts the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:
Dr. Alfred Finz

For Mongolia:
Luvsan ERDENECHULLUN

**ОРЛОГО БА ХӨРӨНГИЙН ТАТВАРЫН ТУХАЙ
БҮГД НАЙРАМДАХ АВСТРИ УЛС, МОНГОЛ УЛС
ХООРОНДЫН ХЭЛЭЛЦЭЭР /КОНВЕНЦИ/**

Бүгд Найрамдах Австри Улс болон Монгол Улс,

**Орлого ба хөрөнгийн татварын тухай хэлэлцээр /Конвенци/-
ийг байгуулахыг эрмэлзэн**

Дараахь зүйлийг хэлэлцэн тохиров. Үүнд:

1 дүгээр зүйл. Хамаарагдах этгээд

1 дүгээр зүйл. Хамаарагдах этгээд

Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/ нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улс буюу тэдгээрийн аль нэгний нутаг дэвсгэрт байнга оршин суугч этгээдэд хамаарна.

2 дугаар зүйл. Хамаарагдах татварууд

1. Хэлэлцэн тохирогч Улс, түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжээс орлого ба хөрөнгөд ногдуулж буй татварууд нь тэдгээрийг хэрхэн ногдуулж байгаа хэлбэрээс үл шалтгаалан энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т хамаарна.

2. Орлого ба хөрөнгөд ногдуулж буй татвар гэж нийт орлого буюу нийт хөрөнгө болон орлого буюу хөрөнгийн бүрэлдэхүүн хэсэгт ногдуулж буй бүх төрлийн татвар түүний дотор хөдлөх ба үл хөдлөх хөрөнгийн борлуулалтын орлого, аж ахуйн нэгжээс олгож буй цалин хөлсний нийт хэмжээнд болон хөрөнгийн үнэлгээний өсөлтөд ногдуулах татварыг хэлнэ.

3. Одоо хэрэглэгдэж байгаа, хамаарах татваруудад:

а) Австри Улсын хувьд:

- 1/ орлогын албан татвар;
- 2/ аж ахуйн нэгжийн орлогын албан татвар;
- 3/ газрын татвар;
- 4/ хөдөө аж ахуйн болон ойн аж ахуйн нэгжүүдийн татвар;
- 5/ ашиглалтгүй газрын үнэлгээнд ногдуулах татвар.

(цаашид "Австрийн татвар" гэх)

б) Монгол Улсын хувьд:

- 1/ хүн амын орлогын албан татвар;
 - 2/ аж ахуйн нэгж, байгууллагын орлогын албан татвар;
 - 3/ үл хөдлөх эд хөрөнгийн албан татвар.
- (цаашид "Монголын татвар" гэх)

4. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/ нь одоо хэрэглэгдэж буй, татваруудтай адил буюу үндсэндээ төстөй бөгөөд энэ Хэлэлцээр /Конвенци/-т гарын үсэг зурсанаас хойш тэдгээрийн оронд шинээр бий болсон, эсвэл нэмэлт байдлаар

ногдуулсан татваруудад мөн адил хамаарна. Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд нь өөрсдийн холбогдох татварын хуулиудад орсон аливаа зарчмын өөрчлөлтийн талаар харилцан мэдэгдэнэ.

3 дугаар зүйл. Ерөнхий тодорхойлолт

1. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т доорхи нэр томъёог өөрөөр заагаагүй бол дараахь утгаар ойлгоно. Үүнд:

а) "Хэлэлцэн тохирогч Улс" болон "Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс" гэж тухайн заалтын утгаас хамааран Австри болон Монгол улсыг хэлнэ;

б) "Австри" улс гэж Бүгд Найрамдах Австри Улсыг хэлнэ;

в) "Монгол" гэж газар зүйн утгаар авч үзвэл, Монгол Улсын нутаг дэвсгэр бөгөөд Монгол Улсын татварын хууль үйлчлэх аливаа газар нутаг, түүнчлэн олон улсын эрх зүйн дагуу Монгол Улс өөрийн байгалийн баялгийг ашиглах бүрэн эрхээ хэрэгжүүлэх газар нутаг болон түүний нутаг дэвсгэр дээрх агаар мандлыг хэлнэ;

г) "этгээд" гэж хувь хүн, компани болон аливаа бусад этгээдийг хэлнэ;

д) "компани" гэж татварын утгаараа аж ахуйн нэгж хэмээн тооцогдох аливаа этгээд, аж ахуйн нэгжийг хэлнэ;

е) "Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж" буюу "Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгж" гэж Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугч этгээдийн эрхэлдэг аж ахуйн нэгж буюу Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугч этгээдийн эрхэлдэг аж ахуйн нэгжийг хэлнэ;

ё) "олон улсын тээвэр" гэж Хэлэлцэн тохирогч Улсад голлох удирдлага нь байрладаг аж ахуйн нэгжийн явуулж буй усан онгоц, нисэх онгоцны тээврийн аливаа үйл ажиллагааг хэлнэ. Харин зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь газар нутгийн хооронд хөлөг онгоц, нисэх онгоцоор хийх тээврийн үйл ажиллагаа үүнд үл хамаарна;

ж) "эрх бүхий байгууллага" гэж,

1/ Австри Улсын хувьд Холбооны Сангийн сайд буюу түүний эрх бүхий төлөөлөгчийг хэлнэ;

2/ Монгол Улсын хувьд Санхүү, эдийн засгийн сайд буюу түүний эрх бүхий төлөөлөгчийг хэлнэ;

з) "харьяат" гэж

- i) Хэлэлцэн тохирогч Улсын харьяат иргэн;*
- ii) Хэлэлцэн тохирогч Улсад хүчин төгөлдөр үйлчилж буй хуулийн дагуу өөрийн статус бүхий аливаа хуулийн этгээд, нөхөрлөл, эсвэл нэгтгэлийг хэлнэ;*

2. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т тодорхойлоогүй аливаа нэр томъёог, Хэлэлцээр /Конвенци/-т өөрөөр заагаагүй бол, Хэлэлцээр /Конвенци/-т хамаарагдаж буй татвартай холбогдол бүхий Хэлэлцэн тохирогч Улсын тухайн үед хэрэглэгдэж буй хуульд заасан утгаар ойлгоно.

4 дүгээр зүйл. Байнга оршин суугч

1. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т "Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч" гэж тэр Улсын хуулийн дагуу оршин сууж, амьдарч буй болон тэр Улсад голлох удирдлага нь байрлаж байгаа буюу байгуулагдсан, адилтгах бусад шалтгаанаар тухайн Улсад татвар төлөх үүрэгтэй аливаа этгээдийг хэлнэ. Гэхдээ энэхүү нэр томъёонд зөвхөн энэ Улсад бий болсон эх үүсвэрээс олсон орлого буюу тэнд байрладаг хөрөнгөд тэр Улсад татвар төлөх аливаа этгээдийг хамруулахгүй.

2. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтын дагуу Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга оршин суугч этгээдийн статусыг дараахь байдлаар тодорхойлно.

а) байнга амьдардаг орон гэр нь Хэлэлцэн тохирогч аль Улсад байгаагаар нь тэр Улсад байнга оршин суугч гэж тооцно. Хэрэв уг этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга амьдардаг орон гэртэй бол Хэлэлцэн тохирогч аль Улсад түүний хувийн ба эдийн засгийн харилцаа (язгуур эрх ашгийн төв) нь илүү ойр дөт байгаагаар нь тэндхийн байнга оршин суугч гэж тооцно.

б) хэрэв түүний язгуур эрх ашгийн төв бүхий Улсыг тодорхойлох аргагүй, эсвэл тэрээр Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга амьдардаг орон гэргүй бол хэвшмэл байдалтайгаар оршин амьдардаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугч гэж тооцно.

в) хэрэв хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь хэвшмэл байдлаар оршин амьдардаг, эсвэл алинд нь ч хэвшмэл байдлаар оршин амьдардаггүй бол түүнийг Хэлэлцэн тохирогч аль Улсын харъяат байгаагаар нь тэр Улсад байнга оршин суугч гэж тооцно.

г) хэрэв хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алины нь харъяат эсвэл алиных нь ч харъяат биш бол тус асуудлыг Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд хамтран хэлэлцэж шийдвэрлэнэ.

3. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтын дагуу хувь хүнээс бусад хуулийн этгээд Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга оршдог бол түүний голлох удирдлага нь Хэлэлцэн тохирогч аль Улсад байрлаж байгаагаар нь тэр Улсын байнга оршин суугч гэж тооцно.

5 дугаар зүйл. Төлөөлөгчийн газар

1. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т "Төлөөлөгчийн газар" гэж аж ахуйн нэгж өөрийн үйл ажиллагаагаа бүхэлд нь буюу хэсэгчлэн явуулдаг бизнесийн байнгын байрлалыг хэлнэ.

2. "Төлөөлөгчийн газар" гэдэгт тухайлбал;

а) аж ахуйг удирдан явуулж буй газар;

б) салбар байгууллага;

в) албан контор;

г) үйлдвэр, завод;

д) цех, тасаг;

е) уурхай, газрын тос буюу байгалийн хийн цооног, ил уурхай буюу байгалийн аливаа бусад ашигт малтмал олборлож буй газар.

3. 12 сараас дээш хугацаагаар үргэлжлэх барилгын талбай дахь барилга байгууламж, угсралт буюу суурилуулалтын төслийн үйл ажиллагааг багтаана.

4. "Төлөөлөгчийн газар" гэдэгт дараахь үйл ажиллагааг үл хамааруулна. Үүнд:

а) аж ахуйн нэгж өөрийн бараа буюу эд агуурсыг хадгалах, үзүүлэх зорилгоор аливаа байгууламжийг ашиглах;

б) аж ахуйн нэгж өөрийн бараа буюу эд агуурсын нөөцийг зөвхөн хадгалах, үзүүлэх, нийлүүлэх зорилгоор байлгах;

в) аж ахуйн нэгж өөрийн бараа буюу эд агуурсын нөөцийг өөр аж ахуйн нэгжээр зөвхөн боловсруулалт хийлгэх зорилгоор байлгах;

г) аж ахуйн нэгж нь зөвхөн өөртөө зориулан бараа буюу эд агуурс худалдан авах эсвэл мэдээлэл цуглуулах зориулалтаар тогтмол ажлын байртай байх;

д) аж ахуйн нэгж нь зөвхөн өөртөө зориулан аливаа бусад бэлтгэх болон туслах шинж чанартай үйл ажиллагаа явуулах зорилгоор тогтмол ажлын байртай байх;

е) а-д дэд хэсгүүдэд дурьдсан үйл ажиллагааг нэгэн зэрэг явуулдаг тогтмол ажлын байр нь бэлтгэх буюу туслах шинж чанартай байвал тухайн тогтмол ажлын байрыг Төлөөлөгчийн газарт үл хамааруулна.

5. 1 болон 2 дугаар заалтыг үл харгалзан, 6 дугаар заалтад хамаарах бие даасан эрх бүхий төлөөлөгчөөс бусад этгээд Хэлэлцэн тохирогч Улсад Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгжийн нэрийн өмнөөс үйл ажиллагаа явуулж байгаа бөгөөд тухайн этгээдийн үйл ажиллагаа нь 4 дүгээр заалтаар хязгаарлагдахгүйгээр тухайн аж ахуйн нэгжийн нэрийн өмнөөс гэрээ хэлэлцээр байгуулах эрхийг байнга эдлэн тогтмол ажлын байрнаас үйл ажиллагаагаа явуулдаг бол түүнийг Хэлэлцэн тохирогч Улсад төлөөлөгчийн газартай гэж үзнэ.

6. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад брокер, үндсэн төлөөлөн-борлуулагч (дистрибьютор), бие даасан эрх бүхий бусад төлөөлөгчдөөр дамжуулан үйл ажиллагаа явуулж байгаа нь түүнийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад төлөөлөгчийн газартай гэж үзэх үндэс болохгүй бөгөөд тэдгээр этгээд нь өөрийн тогтсон чиглэлээр үйл ажиллагаагаа явуулдаг байх нь үүний нөхцөл болно.

7. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог компани нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршдог, эсвэл Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад үйл ажиллагаа (төлөөлөгчийн газраар дамжуулах буюу бусад аргаар) явуулдаг компанийг хянадаг эсвэл хяналтад байдаг нь эдгээр компанийг бие биеийнх нь төлөөлөгчийн газар гэж үзэх үндэс болохгүй.

6 дугаар зүйл. Үл хөдлөх хөрөнгийн орлого

1. Хэлэлцэн тохи­рогч Улсад байнга оршин суугчийн Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Улсад байрладаг үл хөдлөх хөрөнгөөс олсон ор­логод (хөдөө аж ахуй болон ойн аж ахуйгаас олсон ор­логыг оролцуулан) Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

2. "Үл хөдлөх хөрөнгө" гэдгийг тухайн хөрөнгө байр­лаж буй Хэлэлцэн тохи­рогч Улсын хуульд заасны дагуу тодорхойлно. Аль ч тохиолдолд, уг нэр томъёонд үл хөдлөх хөрөнгөд дагалдах өмч, хөдөө аж ахуйн болон ойн аж ахуйд ашиглагдаж буй мал, тоног төхөөрөмж, газарт суурилагдсан хөрөнгөтөй холбоотой хуулийн үндэслэл бүхий эрх, бусдын үл хөдлөх хөрөн­гийг эзэмшин ашиглах эрх, ашигт малтмалын нөөц, рашаан ус болон байгалийн бусад баялгийг ашигласны төлөө буюу ашиглах эрхийн төлөө төлөх байнгын бус болон тогтмол төлбөрийн эрхийг багтаана. Харин хөлөг онгоц, нисэх онгоц, хуурай буюу төмөр замын тээврийн хэрэгсэл үл хөдлөх эд хөрөнгөд үл тооцогдоно.

3. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалт нь үл хөдлөх хөрөн­гийг шууд ашиглах, бусдад түрээслүүлэх, эсвэл бусад аль ч хэлбэрээр ашиглах замаар олсон ор­логод хамаарна.

4. Энэхүү зүйлийн 1 болон 3 дугаар заалт нь аж ахуйн нэгжийн үл хөдлөх хөрөнгө, түүнчлэн бие даасан хувийн үйлчилгээ үзүүлэхэд ашигласан үл хөдлөх хөрөнгөөс олсон ор­логод хамаарна.

7 дугаар зүйл. Аж ахуйн үйл ажиллагааны ашиг

1. Хэлэлцэн тохи­рогч Улсын аж ахуйн нэгж нь Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Улсын нутагт байрладаг төлөө­лөгчийн газраар дамжуулан аж ахуйн үйл ажиллагаа эрхлээгүй тохиолдолд уг аж ахуйн нэгжийн ашигт зөвхөн тэр Улс татвар ногдуулна. Хэрэв аж ахуйн нэгж нь дээр дурдсан байдлаар үйл ажиллагаа эрхэлж байвал уг аж ахуйн нэгжийн ашгийн зөвхөн тухайн байнгын төлөө­лөгчийн газарт шууд буюу шууд бусаар хамаарах хэсэгт Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Улс татвар ногдуулж болно.

2. Хэлэлцэн тохи­рогч Улсын аж ахуйн нэгж, Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Улсын нутагт байрладаг өөрийн төлөө­лөгчийн газраар дамжуулан аж ахуйн үйл ажиллагаа эрхэлж буй тохиолдолд уг төлөө­лөгчийн газар нь төлөөлж буй аж ахуйн нэгжтэйгээ бүрэн бие даасан байдлаар харьцан адил, эсвэл төстэй үйл ажиллагааг, адил буюу төстэй нөхцөлд эрхлэн явуулж олж болох байсан ашгийг энэхүү зүйлийн 3 дугаар

заалтын дагуу уг төлөөлөгчийн газрын ашиг гэж Хэлэлцэн тохирогч Улс бүрийн хувьд тооцно.

3. Төлөөлөгчийн газрын ашгийг тодорхойлохдоо тус төлөөлөгчийн газрын аж ахуйн үйл ажиллагааг эрхлэн явуулахад өөрийн оршин байгаа Хэлэлцэн тохирогч Улс болон бусад Улсад зарцуулсан аж ахуйн зардлыг, үүнд: ерөнхий ба удирдлагын захиргааны зардлыг хасч тооцно.

4. Хэлэлцэн тохирогч Улсад аливаа аж ахуйн нэгж өөрийн салбарууддаа нийт ашгийг хуваарилдаг аргаар төлөөлөгчийн газрын орлогыг тодорхойлж хэвшсэн бол Хэлэлцэн тохирогч Улс энэ хэвшсэн аргаар татвар ногдох орлогыг тодорхойлоход энэхүү зүйлийн 2 дугаар заалт ямар ч тохиолдолд саад болохгүй. Гэхдээ хэвшсэн аргаар орлогыг хуваарилсантай холбогдон гарах үр дүн нь энэхүү зүйлийн зарчмуудтай зөрчилдөхгүй байвал зохино.

5. Төлөөлөгчийн газар нь харьяалагдах аж ахуйн нэгждээ зориулан бараа буюу эд агуурс худалдан авсаныг үндэслэн уг төлөөлөгчийн газрыг ашиг олсонд тооцож үл болно.

6. Энэхүү зүйлийн өмнөх заалтуудад нийцүүлэн, төлөөлөгчийн газарт хамаарах ашгийг тодорхойлохдоо өөрчлөх баттай үндэслэлгүй бол жилээс жилд тогтсон нэг арга хэрэглэнэ.

7. Хэрэв ашиг нь энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн бусад зүйлд хамааралтай орлогын төрлийг өөртөө агуулсан бол тэдгээр зүйлийн заалтыг мөрдөхөд энэхүү зүйлийн заалтууд үл нөлөөлнө.

8. Энэ зүйлд заасан "ашиг" гэсэн тодорхойлолт нь нөхөрлөл болон түүнтэй адил байдлаар татварын тооцоо хийдэг хуулийн этгээдийн гишүүний олж буй ашиг, Австрийн хувьд Австрийн хуулийн дагуу байгуулагдсан нөхөрлөлийн гишүүний ашгийг хамаарна.

8 дугаар зүйл. Олон улсын тээвэр

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн усан онгоц, нисэх онгоцны тээврийн хэрэгслээр олон улсын тээвэр хийж олсон ашигт зөвхөн тухайн аж ахуйн нэгжийн удирдлага нь байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.

2. Дотоодын усан тээврийн үйл ажиллагаа явуулдаг усан онгоцны олсон ашигт зөвхөн тухайн аж ахуйн нэгжийн

удирдлага нь байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.

3. Хэрэв усан замын тээврийн байгууллагын голлох удирдлага нь хөлөг онгоцон дээрээ байрладаг бол энэхүү хөлөг онгоцны харъяалах боомт оршдог Хэлэлцэн тохирогч Улсад, хэрэв харъяалах боомт үгүй бол уг хөлөг онгоцны эзэмшигч байнга оршин сууж байгаа Хэлэлцэн тохирогч Улсад голлох удирдлага нь байрладаг гэж үзнэ.

4. 1 дүгээр заалт нь аж ахуйн хамсрал (pool), хамтарсан үйлдвэр болон олон улсын тээврийн ашиглалтын байгууллагын үйл ажиллагаанд оролцож олсон ашигт мөн хамаарна.

9 дүгээр зүйл. Хоршсон аж ахуйн нэгжүүд

1. Хэрэв:

а) Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгжийн удирдлага, хяналт болон хөрөнгөд шууд буюу шууд бусаар оролцдог, буюу

б) тухайн этгээдүүд Хэлэлцэн тохирогч Улсын болон Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгжийн аль алиных нь удирдлага, хяналт болон хөрөнгөд шууд буюу шууд бусаар оролцдог бол, тэдгээр хоёр нэгжийн хооронд тогтсон худалдаа, санхүүгийн харилцааны нөхцөл нь бие даасан аж ахуйн нэгжүүдийн хоорондын харилцааны нөхцлөөс ялгаатай бөгөөд тухайн аль нэг аж ахуйн нэгжид ногдох ёстой аливаа ашиг дээрх ялгаатай нөхцлийн улмаас тооцогдоогүй байвал түүнийг уг аж ахуйн нэгжийн ашигт оруулан тооцож зохих журмын дагуу татвар ногдуулж болно.

2. Хэрэв Хэлэлцэн тохирогч Улс нь тухайн улсын аж ахуйн нэгжийн ашигт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгжид ногдуулсан татварын ашгийг нэмж тооцсон бөгөөд нэмж тооцсон ашиг нь тухайн хоёр аж ахуйн нэгжүүд хоорондоо хамааралгүй байх тохиолдолд, Хэлэлцэн тохирогч эхний Улсын аж ахуйн нэгжийн ашиг байхаар бол, Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс нь тухайн ашигт ногдуулсан татварын хэмжээнд зохих залруулга хийнэ. Ийм залруулгыг хийхдээ энэхүү Хэлэлцээр /конвенци/-ийн бусад заалтуудыг харгалзан үзэх бөгөөд шаардлагатай тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд энэ талаар харилцан зөвлөлдөнө.

10 дугаар зүйл. Ногдол ашиг

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог компаниас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугчид төлсөн ногдол ашигт нөгөө Улс татвар ногдуулж болно. Гэхдээ ногдол ашиг төлж буй компани байнга оршдог Хэлэлцэн тохирогч Улс тухайн ногдол ашигт өөрийн хууль тогтоомжийн дагуу татвар ногдуулж болох ба тухайн ногдуулах татварын хэмжээ нь дор дурдсан хувиас хэтэрч болохгүй:

а/ хэрэв ногдол ашиг хүртэгч нь нь ногдол ашиг төлж буй компанийн хөрөнгийн 10 хувийг шууд эзэмшдэг компани (нөхөрлөл бус) бол ногдол ашгийн нийт дүнгийн 5 хувиас;

б/ хэрэв ногдол ашиг хүртэгч нь тус ногдол ашгийн жинхэнэ эзэмшигч бол бусад бүх тохиолдолд ногдол ашгийн нийт дүнгийн 10 хувиас тус тус хэтрэх ёсгүй.

Энэхүү заалт нь тухайн компанийн ногдол ашиг төлөхөөс өмнөх ашигт ногдуулах татварт үл хамаарна.

2. Энэхүү зүйлд, "Ногдол ашиг" гэж хувьцааны ногдол ашиг, "жоуиссанс хувьцаа", "жоуиссанс эрх", өрийн нэхэмжлэлээс бусад хэлбэрээр ашигт оролцох эрх болон бусад эрхээс үүсэх орлого мөн түүнчлэн ногдол ашгийн хуваарилалт хийж буй компанийн байнга оршдог Хэлэлцэн тохирогч Улсын хуулийн дагуу хувьцааны ногдол ашгийн нэгэн адилаар татварт хамруулдаг аж ахуйн эрхээс олох орлогыг хэлнэ.

3. Хэрэв ногдол ашгийн эрхийг жинхэнэ эзэмшигч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог бөгөөд ногдол ашиг төлөгч компани байнга оршдог Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад төлөөлөгчийн газар буюу бие даасан хувийн үйлчилгээ эрхэлдэг тогтмол байраар дамжуулан аж ахуйн үйл ажиллагаа явуулдаг ба ногдол ашиг хүртэж байгаа нь хэрэг дээрээ энэ төлөөлөгчийн газар буюу тогтмол байр байгаатай шууд хамааралтай бол 1 дүгээр заалтыг баримтлахгүй. Энэ тохиолдолд 7 буюу 14 дүгээр зүйлийн аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.

4. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог компани Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад ашиг буюу орлого олж байвал нөгөө Улс уг компаниас төлж буй ногдол ашигт татвар ногдуулахгүй байж болно. Энэ тохиолдолд гэхдээ тухайн ногдол ашгийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугчид төлсөн эсвэл ногдол ашиг хүртэж байгаа нь хэрэг дээрээ Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад төлөөлөгчийн газар буюу тогтмол байр байгаатай шууд хамааралтай бол татвар ногдуулж болно. Харин төлсөн ногдол ашиг эсвэл хувиарлагдахгүй ашиг нь тухайн нөгөө Улсад бий болсон

орлого эсвэл ашгийг бүхэлд нь эсвэл хэсэгчлэн багтааж байлаа ч тухайн компаний хувиарлагдахгүй ашиг хувиарлагдахгүй ашгийн татварт хамрагдахгүй.

11 дүгээр зүйл. Хүү

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болж, Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугч этгээдэд төлсөн хүүд нөгөө Улс татвар ногдуулж болно.

2. Гэхдээ хүү бий болсон Хэлэлцэн тохирогч Улс өөрийн хуулийн дагуу уг хүүд татвар ногдуулж болох боловч хэрэв хүүгийн жинхэнэ эзэмшигч нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суудаг бол ногдуулах татварын хэмжээ нийт хүүний 10 хувиас хэтрэх ёсгүй.

3. 2 дугаар заалтыг үл харгалзан,

а/ Австри Улсад бий болж Монгол Улсын Засгийн газар болон Монгол Банкнд төлөгдсөн хүүг Австри улсад татвараас чөлөөлнө.

б/ Монгол Улсад бий болж Австри Улсын Засгийн газар болон Үндэсний Банкнд төлөгдсөн хүүг Монгол улсад татвараас чөлөөлнө.

в/ Бүгд Найрамдах Австри улсын нэрийн өмнөөс үйл ажиллагаа явуулж байгаа Oesterreichische Kontrollbank AG-ны зээл болон түүний баталгаатай холбоотой төлөгдсөн хүүг Монгол Улсад татвараас чөлөөлнө.

4. Энэхүү зүйлд тусгагдаж буй "хүү" гэсэн нэр томъёонд барьцаагаар баталгаажуулсан эсэх, зээлдэгчийн хөрөнгөнд оролцох эрхтэй эсэхийг үл харгалзан Засгийн газрын үнэт цаас зээллэгийн орлого, бүх төрлийн өрийн бичгийн орлого болон тухайн үнэт цаастай холбоотойгоор төлөгдөж буй шагнал урамшуулалын орлогуудыг хэлнэ. Хугацаа хожимдуулсны төлбөр нь энэ зүйлийн хувьд хүүд тооцогдохгүй.

5. Хэрэв хүү авах эрхийн жинхэнэ эзэмшигч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог боловч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад төлөөлөгчийн газраараа дамжуулан үйл ажиллагаа явуулж, тэнд нь энэ хүү бий болж байгаа, эсвэл нөгөө Улсад оршдог тогтмол байрлалаас хувийн бие даасан үйлчилгээ эрхэлдэг бөгөөд хүү авах эрх нь тухайн төлөөлөгчийн газар буюу тогтмол байрлалтай холбоотой бол

энэхүү зүйлийн 1 ба 2 дугаар заалтыг мөрдлөгө болгохгүй. Энэ тохиолдолд 7 болон 14 дүгээр зүйлийн заалтуудыг аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.

6. Хүү төлөгч нь Хэлэлцэн тохирогч Улс өөрөө, түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгж буюу уг Улсын байнга оршин суугч бол хүүг Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болсон гэж үзнэ. Нөгөө талаар Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч эсэхийг үл харгалзан хүүг төлөгч этгээд Хэлэлцэн тохирогч Улсад төлөөлөгчийн газар, эсвэл товлосон газартай бөгөөд үүнтэй холбогдон хүү төлөгдөж, уг хүү энэ төлөөлөгчийн газарт эсвэл товлосон газарт бий болж байгаа бол дээрх төлөөлөгчийн газар, эсвэл товлосон газар оршиж байгаа Улсад хүү бий болсон гэж үзнэ.

7. Хэрэв хүү төлөгч болон хүү авах эрхийг жинхэнэ эзэмшигчийн хооронд мөн түүнчлэн тэдгээрийн болон ямар нэгэн хөндлөнгийн этгээдийн хоорондын онцлог харилцаанаас шалтгаалан төлж буй хүүгийн хэмжээ нь ийм харилцаа байхгүй байсан үед хүү төлөгч болон жинхэнэ эзэмшигч хоёр хоорондоо тохиролцож болох байсан хэмжээнээс хэтэрч байвал энэ зүйлийн заалтууд зөвхөн тохиролцож болох байсан хэмжээнд хамаарна. Энэ тохиолдолд хүүгийн төлбөрийн илүү гарсан зөрүүд Хэлэлцэн тохирогч Улс бүр өөрийн хуулийн дагуу энэхүү Конвечийн бусад заалтыг харгалзан татвар ногдуулж болно.

12 дугаар зүйл. Эрхийн шимтгэл

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болж, Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугчид төлж буй эрхийн шимтгэлд нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

2. Гэхдээ Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болж байгаа эрхийн шимтгэлд тухайн улсын хуулийн дагуу татвар ногдуулж болох боловч уг эрхийн шимтгэлийг хүлээн авагч нь түүний жинхэнэ эзэмшигч мөн бол энэ зүйлийн 4 дүгээр заалтын "а" дэд заалтад хамаарах эрхийн шимтгэлд ногдуулж буй татвар нь эрхийн шимтгэлийн нийт хэмжээний 10 хувиас хэтрэх ёсгүй.

3. Гэхдээ Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болж байгаа эрхийн шимтгэлд тухайн улсын хуулийн дагуу татвар ногдуулж болох боловч уг эрхийн шимтгэлийг хүлээн авагч нь түүний жинхэнэ эзэмшигч мөн бол энэ зүйлийн 4 дүгээр заалтын "б" дэд заалтад хамаарах эрхийн шимтгэлд ногдуулж буй татвар

нь эрхийн шимтгэлийн нийт хэмжээний 5 хувиас хэтрэх ёсгүй.

4. Энэхүү зүйлд хэрэглэгдэж буй "эрхийн шимтгэл" гэсэн нэр томъёонд дараахь зүйлүүдтэй холбоотойгоор хийгдэж буй аливаа төлбөрүүд хамаарна.

а/ уран зохиол, урлаг, шинжлэх ухааны бүтээл түүний дотор киноны зохиогчийн эрхийг ашиглах, ашиглах эрхтэй холбоотой төлбөрүүд

б/ патент, барааны тэмдэг болон дизайн, модель, зураг төсөл болон нууц томъёолол буюу процессийг ашигласан буюу ашиглах эрх эдэлсэн, буюу үйлдвэр, худалдаа буюу шинжлэх ухааны туршлагатай холбогдсон мэдээллийг ашигласан буюу ашиглах эрх эдэлсний төлөө төлж буй бүх төрлийн төлбөр хамаарна.

5. Хэрэв эрхийн шимтгэлийг жинхэнэ эзэмшигч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог боловч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газраар дамжуулан үйл ажиллагаагаа явуулдаг бөгөөд тэнд энэхүү орлого бий болж байгаа, эсвэл Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад оршдог товлосон газраар дамжуулан бие даасан хувийн үйлчилгээ хийдэг түүнчлэн эрхийн шимтгэлийн төлбөр авах эрх буюу хөрөнгө нь хэрэг дээрээ энэхүү төлөөлөгчийн газар, эсвэл товлосон газарт шууд хамааралтай бол энэхүү зүйлийн 1 ба 2 дугаар заалтыг баримтлахгүй. Энэ тохиолдолд 7 буюу 14 дүгээр зүйлийн аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.

6. Эрхийн шимтгэл төлөгч нь Хэлэлцэн тохирогч Улс өөрөө, түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгж буюу уг Улсын байнга оршин суугч бол уг эрхийн шимтгэлийг Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болсон гэж үзнэ. Нөгөө талаар Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суудаг эсэхийг үл харгалзан эрхийн шимтгэлийн төлбөр төлөгч этгээд уг Хэлэлцэн тохирогч Улсад төлөөлөгчийн газар эсвэл товлосон газраар дамжуулан эрхийн шимтгэлийн төлбөр төлөх үүрэг хүлээдэг бол тэрхүү төлөөлөгчийн газар эсвэл товлосон газрын оршиж байгаа Улсад эрхийн шимтгэлийг бий болсон гэж үзнэ.

7. Эрхийн шимтгэлийн төлбөр төлөх болон авах эрхийг жинхэнэ эзэмшигчид буюу тэдгээрийн болон бусад хөндлөнгийн этгээдийн хоорондын онцлог харилцаанаас шалтгаалан төлөгдсөн эрхийн шимтгэлийн хэмжээ нь ийм харилцаа байхгүй тохиолдолд түүнийг төлөгч ба жинхэнэ эзэмшигч хоёрын хоорондоо тохиролцож болох байсан хэмжээнээс хэтрэвэл

энэхүү зүйлийн заалтууд зөвхөн тохиролцож болох байсан хэмжээнд хамаарна. Энэ тохиолдолд төлбөрийн илүү гарсан зөрүүд энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн бусад заалтыг харгалзан Хэлэлцэн тохирогч Улс бүр өөрийн хуулийн дагуу татвар ногдуулна.

13 дугаар зүйл. Хөрөнгө борлуулсны орлого

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байгаа 6 дугаар зүйлд хамаарах үл хөдлөх хөрөнгийг худалдаж борлуулснаас олсон орлогод нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

2. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газрын үйл ажиллагаанд ашиглагддаг хөдлөх хөрөнгийн зарим хэсэг буюу Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчаас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад бие даасан хувийн үйлчилгээ явуулах зорилгоор ашиглаж буй товлосон газарт харъяалагдах хөдлөх хөрөнгийг худалдаж борлуулснаас орох орлого, мөн түүнчлэн ийм төлөөлөгчийн газар (дангаар эсвэл бүх аж ахуйн газрын хамт) буюу ийм товлосон газрыг худалдаж борлуулснаас орох орлогод нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

3. Олон улсын шугамд ашиглагдаж буй усан онгоц, нисэх онгоц, дотоодын усан замын тээврийн үйл ажиллагаа явуулж буй усан онгоцууд буюу эдгээр усан онгоц, нисэх онгоцны үйл ажиллагаанд хамаарагдах хөдлөх хөрөнгө худалдаж борлуулснаас олсон орлогод зөвхөн тухайн аж ахуйн нэгжийн голлох удирдлага байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.

4. 1, 2 болон 3 дугаар заалтуудад дурдсанаас бусад аливаа хөрөнгийг борлуулснаас олсон орлогод зөвхөн борлуулагч байнга оршин суугч улсад татвар ногдуулна.

14 дүгээр зүйл. Бие даасан хувийн үйлчилгээ

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугчаас мэргэжлийн үйлчилгээ үзүүлсэн, эсвэл бие даасан шинжтэй аливаа бусад үйл ажиллагаа эрхлэн олсон орлогод зөвхөн тухайн Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна. Гэхдээ дараахь нөхцөлд уг орлогод Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс татвар ногдуулж болно. Хэрэв байнга оршин суугч нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад өөрийн үйл ажиллагааг явуулахад байнга ашиглаж болох тогтмол ажлын байртай бол Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс түүний орлогын зөвхөн тухайн тогтмол ажлын байртай холбоотой хэсэгт татвар ногдуулж

болно. Хэрэв байнга оршин суугчийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад нийт байсан хугацаа нь тухайн хуанлийн жилийн 183 өдрөөс давсан бол Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад энэ хугацаанд явуулсан үйл ажиллагаанд ногдох орлогод Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

2. "Мэргэжлийн үйлчилгээ" гэж шинжлэх ухаан, уран зохиол, соёл урлаг, боловсрол болон багшлах бие даасан үйл ажиллагаа, түүнчлэн эмч, мэс засалч, хууль, инженер, архитекторч, шүдний эмч болон нягтлан бодогч нарын бие даасан үйл ажиллагааг хэлнэ.

15 дугаар зүйл. Бие даасан бус хувийн үйлчилгээ

1. Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад ажил үйлчилгээ эрхлээгүйгээс бусад тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчийн ажил хийж авсан цалин хөлс болон түүнтэй адилтгах бусад шагнал урамшилд 16, 18, 19 болон 20 дугаар зүйлд заасанчлан зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч тухайн Улсад татвар ногдуулна. Хэрэв ажил үйлчилгээг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад гүйцэтгэж байгаа бол тэрхүү ажил үйлчилгээнээс олсон шагнал урамшилд нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

2. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтыг үл харгалзан Хэлэлцэн тохирогч Улсын оршин суугч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад гүйцэтгэж буй ажил үйлчилгээний хөлсөнд олгосон цалин урамшилд Хэлэлцэн тохирогч эхний Улсад дор дурдсан нөхцөлд татвар ногдуулна.

а) цалин урамшил авагч нь 183 өдрөөс илүүгүй хугацаагаар Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байсан бол, мөн

б) цалин урамшлыг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суудаггүй ажил олгогч өөрөө, эсвэл түүний нэрийн өмнөөс төлсөн бол, мөн

в) цалин урамшлыг ажил олгогчийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газар буюу товлосон газар нь төлөөгүй бол.

3. Энэхүү зүйлийн өмнөх заалтуудыг үл харгалзан, Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжээс олон улсын шугамд тээвэр хийж буй усан онгоц, нисэх онгоц дотоодын усан тээврийн үйл ажиллагаа явуулдаг усан онгоцонд ажилласантай холбоотойгоор төлөгдөж буй цалин урамшуулалд тухайн аж ахуйн нэгжийн голлох удирдлага нь байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулж болно.

16 дугаар зүйл. Захирлуудын цалин урамшил

Хэлэлцэн тохирогч Улсын оршин суугч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь компанийн Захирлуудын зөвлөл болон түүнтэй адилтгах байгууллагын гишүүний хувьд авсан цалин болон түүнтэй адилтгах бусад төрлийн шагнал урамшилд нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

17 дугаар зүйл. Урлагийн ажилтнууд ба тамирчид

1. 7, 14 ба 15 дугаар зүйлийн заалтуудыг үл харгалзан, Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугч театр, кино жүжигчин, радио буюу телевизийн урлагийн ажилтан, хөгжимчин буюу тамирчин Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад хувийн тоглолт хийж олсон орлогод Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

2. 7, 14 ба 15 дугаар зүйлийн заалтуудыг үл харгалзан, урлагийн ажилтан, тамирчны олсон орлого өөрт нь биш бусад этгээдэд ногдож байгаа тохиолдолд уг орлогод тоглолт болсон тухайн Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.

3. Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улс эсвэл аль нэг Улс, тэдгээрийн засаг захиргааны нэгж, орон нутгийн засаг захиргааны улсын сангаас тухайн улсад хийж буй тоглолтыг санхүүжүүлж байвал жүжигчин тамирчдын тоглолтоос олсон орлогыг энэхүү зүйлийн 1 ба 2 дугаар заалтуудад хамааруулахгүй. Энэ тохиолдолд тухайн орлогод зөвхөн жүжигчид тамирчдийн байнга оршин суудаг улс татвар ногдуулна.

18 дугаар зүйл. Тэтгэвэр

1. 19 дүгээр зүйлийн 2 дугаар заалтын дагуу Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугч этгээдийн урьд хийж байсан ажилтай нь холбоотой олгосон тэтгэвэр болон түүнтэй адилтгах бусад төлбөрт зөвхөн тухайн Улсад татвар ногдуулна.

2. 1 дүгээр заалтыг үл харгалзан, Хэлэлцэн тохирогч Улс, түүний засаг захиргааны нэгж, орон нутгийн засаг захиргааны харьяа улсын нийгмийн даатгалын систем болон тусгай сангуудын бүрэлдхүүн хэсэг болох улсын сангаас төлж буй тэтгэвэр болон адитгах бусад төлбөрүүдэд зөвхөн тухайн Хэлэлцэн тохирогч Улс татвар ногдуулна.

19 дүгээр зүйл. Засгийн газрын алба

1.

а) Хэлэлцэн тохирогч Улсын Засгийн газар буюу түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжээс тэр Улсын Засгийн газар буюу түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжид алба хашиж байсны хувьд хувь хүнд олгох тэтгэврээс бусад цалин, хөдөлмөрийн хөлс, түүнтэй адитгах бусад урамшилд зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч тухайн Улсад татвар ногдуулна.

б) гэхдээ хэрэв уг ажил үйлчилгээг Хэлэлцэн тохирогч Улсад гүйцэтгэсэн бөгөөд уг хувь хүн нь мөн тэр Улсын байнга оршин суугч бол дараахь тохиолдолд түүнд олгох цалин, хөдөлмөрийн хөлс, түүнтэй адитгах бусад урамшуулалд зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар ногдуулна. Уг хувь хүн.

I/ тухайн Улсын харъяат бол,

II/ гагцхүү алба хаших үүднээс тухайн Улсын байнга оршин суугч болоогүй бол.

2.

а) Хэлэлцэн тохирогч Улс буюу түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжид алба хашиж байсны хувьд хувь хүнд Хэлэлцэн тохирогч Улс буюу түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжийн сангаас олгосон аливаа тэтгэвэрт зөвхөн тэр Улсад татвар ногдуулна.

б) гэхдээ хэрэв уг ажил үйлчилгээг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад гүйцэтгэсэн бөгөөд уг хувь хүн нь мөн тэр Улсын байнга оршин суугч бол түүнд олгох цалин урамшуулалд зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар ногдуулна.

3. Монгол Улс дахь Австрийн Гадаад Худалдааны төлөөлөгч болон тухайн төлөөлөгчийн газрын ажилтнуудад төлж буй цалин урамшуулалд энэ зүйлийн 1 дүгээр заалт мөн адил хамаарна.

4. Хэлэлцэн тохирогч Улс буюу түүний засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжээс аж ахуйн үйл ажиллагаа явуулахтай холбоотой алба хаасны хувьд олгосон цалин, хөдөлмөрийн хөлс, адитгах бусад урамшуулал болон тэтгэвэрт 15,16, 17 ба 18 дугаар зүйлийн заалтууд хамаарна.

20 дугаар зүйл. Вагн нар болон судлаачид

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын Засгийн газраар магадлан итгэмжлэгдсэн их сургууль, коллеж, сургууль, боловсролын байгууллагууд болон эрдэм шинжилгээний хүрээлэнгүүдэд хичээл заах, лекци унших буюу судалгаа хийх үндсэн зорилгоор Хэлэлцэн тохирогч Улсад ирэхийнхээ өмнө Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын оршин суугч байсан хувь хүний хичээл зааж, судалгаа хийж олсон аливаа орлогыг Хэлэлцэн тохирогч эхний Улсад хоёр жилийн хугацаагаар татвараас чөлөөлнө. Тухайн хувь хүний Хэлэлцэн тохирогч Улсад ирсэн өдрөөс эхлэн татвараас чөлөөлөх 2 жилийн хугацааг эхлэн тооцно.

21 дүгээр зүйл. Оюутнууд ба дадлага хийгчид

Хэлэлцэн тохирогч Улсад ирэхийнхээ өмнө Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугч байсан Хэлэлцэн тохирогч Улсад гагцхүү суралцах, дадлага хийх зорилгоор ирсэн оюутан, сурагч, дадлага хийгчийн өөрийгөө тэжээх, суралцах буюу дадлага хийхэд зарцуулах түүний дараах орлогыг Хэлэлцэн тохирогч эхний Улс татвараас чөлөөлнө.

а/ тухайн төлбөр нь Хэлэлцэн тохирогч тухайн Улсын гаднах эх үүсвэрээс хийгдэж байвал,

б/ Засгийн газар, шинжлэх ухаан, боловсрол, соёлын болон ашгийн төлөө бус байгууллагын тусламж, тэтгэлэг, шагнал байвал,

в/ хуанлийн жилийн дүнгээр нийтдээ 183 хоногоос хэтрэхгүй хугацаанд Хэлэлцэн тохирогч тухайн Улсад ажил хийж олсон орлого.

22 дугаар зүйл. Бусад орлого

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугчийн олж буй бөгөөд аль нэгэн газраас бий болсон, энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн өмнөх зүйлүүдэд хөндөгдөөгүй аливаа орлогод зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.

2. Хэрэв орлого олгогч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газраараа дамжуулан үйл ажиллагаа явуулж байгаа буюу Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь товлосон газраар дамжуулан бие даасан хувийн үйлчилгээ үзүүлж

байгаа бөгөөд уг орлоготой холбогдсон эрх ба эд хөрөнгө нь энэ төлөөлөгчийн газар буюу товлосон газартай шууд холбоотой бол 6 дугаар зүйлийн 2 дугаар заалтад тодорхойлогдсон үл хөдлөх хөрөнгийн орлогоос бусад орлогын хувьд энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтыг баримтлахгүй. Энэ тохиолдолд 7 буюу 14 дүгээр зүйлийн аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.

3. Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчийн хуулийн дагуу Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсаас олж буй орлого нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын татварын хуулийн дагуу татвараас чөлөөлөгдөхөөр байвал Хэлэлцэн тохирогч эхний Улсад татвар ногдуулахгүй байж болно.

23 дугаар зүйл. Хөрөнгө

1. 6 дугаар зүйлд заасан үл хөдлөх хөрөнгөөр илэрхийлэгдсэн, Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугчийн, Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байдаг хөрөнгөд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс татвар ногдуулж болно.

2. Аж ахуйн нэгжийн байнгын төлөөлөгчийн газрын үйл ажиллагааны хөрөнгийн зарим хэсгийг бүрдүүлэгч хөдлөх хөрөнгөөр илэрхийлэгдсэн буюу бие даасан хувийн үйлчилгээ явуулах зорилгоор ашиглаж буй товлосон газарт харъяалагдах хөдлөх хөрөнгөөр илэрхийлэгдсэн хөрөнгөд төлөөлөгчийн газар буюу товлосон газар байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулж болно.

3. Олон улсын шугамд ашиглагдаж буй усан онгоц, нисэх онгоц, дотоодын усан замын тээврийн үйл ажиллагаа эрхэлдэг усан онгоц болон болон уг усан онгоц, нисэх онгоцны үйл ажиллагаанд хамаарагдах хөдлөх хөрөнгөд зөвхөн тухайн аж ахуйн нэгжийн голлох удирдлага байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.

4. Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчийн бусад бүх төрлийн хөрөнгөд зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч тухайн Улсад татвар ногдуулна.

24 дүгээр зүйл. Давхар татварыг арилгах аргууд

1. Австри Улсын хувьд давхар татварыг дараахь байдлаар арилгана:

а) Австри Улсын байнга оршин суугч энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн заалтуудын дагуу Монгол Улсад татвар ногдуулах орлого олж эсвэл хөрөнгө эзэмшиж байвал Австри

Улс "б"-гээс "д" дэд заалтуудын дагуу тухайн орлого болон хөрөнгийг татвараас чөлөөлнө;

б) Австри Улсын байнга оршин суугч 10, 11, ба 12 дугаар зүйлийн дагуу Монгол Улсад татвар ногдуулах орлого олж байвал Австри Улс тухайн оршин суугчийн орлогод ногдуулах татвараас Монгол Улсад төлсөн татвартай тэнцүү хэмжээний татварыг хасч тооцно. Гэхдээ тухайн хасалт нь Монгол Улсад бий болсон орлоготой холбоотой дээрх хасалтыг хийхээс өмнө тооцсон татварын хэмжээнээс хэтэрч болохгүй;

в) энэ заалтын "б" дэд заалтад дурдсан хасалт хийхэд 10 дугаар зүйлийн 1 дэх заалтын "б" дэд заалт, 11 дүгээр зүйлийн 2 дахь заалт, 12 дугаар зүйлийн 2 болон 3 дахь заалтуудад дурдсан орлогын хувьд Монголд ногдуулах татвар нь 10 хувь байна;

г) 10 дугаар зүйлийн 1 дэх заалтын "а" дэд заалтад дурдсан Монгол Улсад оршин суугч аж ахуйн нэгжээс Австри Улсад оршин суугч аж ахуйн нэгжид төлсөн ногдол ашгийг Австри Улсын дотоодын хуулийн холбогдох заалтуудын дагуу Австри Улсад татвараас чөлөөлнө;

д) энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн дагуу Австри Улсад оршин суугчийн олж буй орлого болон эзэмшиж буй хөрөнгө нь Австри Улсад татвараас чөлөөлөгдсөн бол тухайн оршин суугчийн үлдэх орлого буюу хөрөнгөд татвар ногдуулахдаа чөлөөлөгдсөн орлого болон хөрөнгийг оруулж тооцно.

2. Монгол Улсын хувьд татварын давхардлыг дараахь байдлаар арилгана. Монгол Улсад оршин суугч энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн дагуу Австри Улсад татвар ногдуулах орлого олж эсвэл хөрөнгө эзэмшиж байвал тухайн оршин суугчид Монгол Улсад ногдуулах татвараас Австри Улсад төлсөн татварыг хасч тооцож болно. Гэхдээ тус хасалт нь Монгол Улсын татварын хууль тогтоомжийн дагуу тооцогдсон орлогын болон хөрөнгийн татварын хэмжээнээс хэтэрч болохгүй.

25 дугаар зүйл. Ялгаварлан гадуурхах явдал гаргахгүй байх

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын харъяат Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар төлөх болон түүнтэй холбоотой бусад шаардлагын хувьд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын харъяатаас татварын адилгүй буюу илүү хүндрэлтэй нөхцөлд байх ёсгүй.

2. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байрладаг төлөөлөгчийн газрын татвар

төлөх нөхцлийг нөгөө Улсын түүнтэй адилтгах төрлийн үйл ажиллагаа явуулдаг аж ахуйн нэгжийн татвар төлөх нөхцлөөс доогуур байлгаж болохгүй. Энэ заалт нь Хэлэлцэн тохирогч Улс нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугчдыг иргэний эрх, гэр бүлийн хариуцлагын хувьд өөрийн байнга оршин суугчийн хувьд татвараас чөлөөлөх, хөнгөлөх, багасгах эрх эдлүүлэх ёстой гэсэн утгаар хэрэглэгдэхгүй.

3. 9 дүгээр зүйлийн 1 дэх заалт, 11 дүгээр зүйлийн 7 дугаар заалт, 12 дугаар зүйлийн 7 дугаар заалтыг хэрэглэхээс бусад тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн татвар ногдох ашгийг тодорхойлохдоо тухайн аж ахуйн нэгжээс Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугч этгээдэд төлж буй хүү, эрхийн шимтгэл болон бусад төлбөрийг эхний Улсын байнга оршин суугч этгээдэд төлсөнтэй адил нөхцлөөр хасч хөнгөлнө. Үүний нэгэн адилаар, Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн татвар ногдох хөрөнгийг тодорхойлохдоо тухайн аж ахуйн нэгжээс Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугчид төлсөн аливаа өрийг эхэнд дурдсан Улсын байнга оршин суугчийн хувьд тохиролцсонтой адил нөхцлөөр хасч тооцно.

4. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн хөрөнгийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугч нэг буюу хэсэг этгээд шууд буюу шууд бусаар бүхэлд нь, эсвэл хэсэгчлэн өмчилж буюу хянаж байвал Хэлэлцэн тохирогч Улс өөрийн адил төрлийн үйл ажиллагаа явуулж буй аж ахуйн нэгжийн татвар төлөх буюу түүнтэй холбоотой шаардлагаас өөр буюу илүү хүндрэлтэй байдалд оруулах хариуцлага ногдуулахгүй.

5. 2-р зүйлийн заалтуудыг үл харгалзан энэ зүйлийн заалтууд нь бүх төрлийн татварт хэрэглэгдэнэ.

26 дугаар зүйл. Харилцан тохирох журам

1. Хэрэв хувь этгээд Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Улс буюу хоёр Улс хоёулаа энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т тусгагдаагүй татвар түүнд ногдуулсан буюу ногдуулах боллоо гэж үзвэл тухайн Улсуудын дотоодын хууль тогтоомжийн заалтуудыг үл харгалзан өөрийн байнга оршин суугаа Хэлэлцэн тохирогч Улсынхаа эрх бүхий байгууллагад буюу хэрэв тухайн тохиолдол нь 25 дугаар зүйлийн 1 дүгээр заалтад хамаарч байвал өөрийн харъяат Хэлэлцэн тохирогч Улсад гомдлоо гаргаж болно. Гомдлыг энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т тусгагдаагүй татвар ногдуулж байна гэж анх мэдсэнээс хойш 3 жилийн дотор гаргана.

2. Гомдлыг нотлож хангалттай шийдвэр гаргах боломжгүй бол Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын эрх бүхий байгууллага энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т тусгагдаагүй татвар ногдуулахгүй байх зорилгоор харилцан тохирох бүх арга хэмжээ авна. Аливаа тохиролцоог Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын хууль тогтоомжийн цаг хугацааны хязгаарлалтыг үл харгалзан хэрэгжүүлнэ.

3. Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд нь энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн хэрэглэх болон тайлбарлахад үүсэх аливаа хүндрэлтэй болон эргэлзээтэй асуудлуудыг харилцан тохирох замаар шийдвэрлэхийг эрмэлзэнэ. Мөн түүнчлэн энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-т тусгагдаагүй орлогыг давхар татвараас чөлөөлөх асуудлыг тэд харилцан зөвлөлдөж болно.

4. Өмнөх заалтуудын талаар тохиролцоонд хүрэх зорилгоор Хэлэлцэн тохирогч улсуудын эрх бүхий байгууллагууд хоорондоо шууд харьцаж болохоос гадна талуудын төлөөлөгчдөөс бүрдсэн хамтарсан комисс байгуулан ажиллаж болно.

5. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн тайлбар болон хэрэгжилттэй холбоотой үүссэн асуудлыг хэрэв энэ зүйлийн өмнөх заалтуудын дагуу эрх бүхий байгууллагууд харилцан тохиролцох замаар хэрэг үүсгэсэн өдрөөс хойш 2 жилийн хугацаанд шийдвэрлэх боломжгүй бол Хэлэлцэн тохирогч Улсын эрх бүхий байгууллага нь харилцан тохиролцох журмын дагуу байгуулсан маргаан таслах шүүхэд асуудлыг шийдвэрлүүлэхээр шилжүүлнэ. Маргаан таслах шүүхэд Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын эрх бүхий байгууллага бүрээс нэг нэг төлөөлөгч, Хэлэлцэн тохирогч Улс бүрээс нэг нэг бие даасан хараат бус маргаан таслагч шүүгчийг оролцуулна. Маргаан таслагчид нь тухайн орны дээд шүүхэд ажиллах чадвартай өөр нэг хүнийг даргаар томилно. Улс тус бүр маргаан таслагч шүүгчийн жагсаалтад эрх бүхий 5 хүнийг томилно. Татвар төлөгч нь өөрөө хүсвэл маргаан таслах шүүхэд даргаар оролцож болно. Маргаан таслах шүүх нь өөрийн шийдвэрийг хэрэг хэлэлцсэн өдрөөс хойш 6 сарын дотор гаргана. Шийдвэр нь хэрэгт холбогдол бүхий нийт татвар төлөгч болон Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алины хэрэг тус бүрийг хамарсан байна.

27 дугаар зүйл. Харилцан мэдээлэл солилцох

1. Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын эрх бүхий байгууллагууд энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн заалтуудыг хэрэгжүүлэхэд шаардагдах мэдээллийг харилцан солилцож байна. Хэлэлцэн тохирогч Улс Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсаас хүлээн авсан мэдээллийг Хэлэлцэн тохирогч Улс өөрийн улсын мэдээлэл хадгалах хуулийн дагуу нууцалж зөвхөн энэхүү Конвенцид хамаарагдах татварын хэмжээг тогтоох буюу хураахтай холбогдсон этгээдүүд, эрх барих байгууллагуудад (шүүх, захиргааны байгууллагыг оролцуулан) мэдэгдэх эрхтэй. Тэдгээр этгээд буюу эрх барих байгууллагууд нь уг мэдээллийг зөвхөн энэхүү зорилгод ашиглана. Түүнчлэн тэд дээрх мэдээллийг олон нийтийн шүүхийн протокол, шүүхийн шийдвэрт тусгаж болно. Тухайн хүнтэй холбоотой мэдээллийн нууцлал нь өөр хувь хүний үндсэн болон хууль эрх зүйн ашиг сонирхол эсвэл нийгмийн үндсэн эрх ашгийг хөндөхөөр байвал түүнийг нийтэд ил болгохгүй.

2. 1 дүгээр зүйлийн заалтууд нь ямарч тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Улсад дараах үүргийг хүлээлгэх ёсгүй.

а) Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын хууль тогтоомж, захиргааны хэм хэмжээнд харшлах захиргааны арга хэмжээ хэрэгжүүлэх,

б) Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын хууль тогтоомж болон захиргааны ердийн үйл ажиллагааны дагуу олж үл болох мэдээлэл буюу баримт бичгээр хангах,

в) Аливаа худалдаа, бизнес, аж үйлдвэр, арилжааны буюу мэргэжлийн нууц, худалдааны процессийн талаарх мэдээлэл нь Хэлэлцэн тохирогч Улсын нийгмийн бодлого, үндсэн эрх ялангуяа мэдээлэл хадгалах эрхтэй зөрчилдөхөөр байвал тийм мэдээллээр хангах
28 дугаар зүйл. Дипломат ба консулын ажилтнууд

Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/ нь олон улсын эрх зүйн ерөнхий хэм хэмжээ болон тусгай хэлэлцээрийн заалтуудын дагуу дипломат ба консулын ажилтнуудын санхүүгийн эрх дархыг үл хөндөнө.

29 дүгээр зүйл. Хүчин төгөлдөр болох

1. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/ нь соёрхон батлагдах ёстой бөгөөд хоёр тал соёрхон баталсан баримт бичгийг аль болох хурдан хугацаанд харилцан солилцоно.

2. Энэхүү Хэлэлцээр /Конвенци/ нь түүнийг соёрхон баталсан тухай ноот бичиг харилцан солилцсон сараас эхлэн тоолсон дараагийн 3 дахь сарын 1-ны өдрөөс эхлэн хүчин төгөлдөр болох бөгөөд соёрхон баталсан тухай ноот бичиг харилцан солилцсон хуанлийн жилийн 12 дугаар сарын 31-ны өдрийн дараагийн хуанлийн жилийн татваруудтай холбогдолтой заалтууд нь хэрэгжинэ эхэлнэ.

30 дугаар зүйл. Дуусгавар болох

Энэхүү Конвенцийг Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Улс цуцлах хүртэл хүчин төгөлдөр мөрдөнө. Энэхүү Конвенц хүчин төгөлдөр болсноос хойш 5 жилийн дараахь хуанлийн жил дуусахаас 6 сараас өмнө уг Конвенцийг цуцлах тухайгаа Хэлэлцэн тохирогч аль ч Улс дипломат шугамаар бичгээр мэдэгдэж дуусгавар болгож болно. Энэ тохиолдолд энэхүү Конвенцийг дуусгавар болгох тухай мэдэгдэл өгсөн жилийн 12 дугаар сарын 31-ний дараагийн хуанлийн жилийн татваруудын хувьд Конвенц нь дуусгавар болно.

Энэхүү Конвенцийг Вена хотноо 2003 оны 7 дугаар сарын ...-ны өдөр герман, монгол, англи, хэлээр тус бүр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд эх бичвэрүүд нь адил хүчинтэй байна. Энэхүү Хэлэлцээрийг тайлбарлахад зөрүү гарвал англи хэлээрх эх бичвэрийг баримтлана.



**БҮГД НАЙРАМДАХ АВСТРИ
УЛСЫГ ТӨЛӨӨЛЖ**



МОНГОЛ УЛСЫГ ТӨЛӨӨЛЖ

ПРОТОКОЛ

Орлого ба хөрөнгийн татварын тухай Бүгд Найрамдах Австри Улс, Монгол Улсын хооронд байгуулах Хэлэлцээр /Конвенци/-т гарын үсэг зурах үед талууд дараах зүйлүүдийг тус Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн салшгүй хэсэг гэж харилцан тохиролцсон болно.

Хэлэлцээр /Конвенци/-ийн тайлбар

Орлого ба хөрөнгийн татварын тухай Эдийн Засгийн Хамтын Ажиллагаа Хөгжлийн Байгууллагын (ЭЗХАХБ) болон Хөгжиж буй орон болон Хөгжингүй орны хооронд байгуулах Давхар татварын Конвенцийн Нэгдсэн Үндэсний Байгууллагын (НҮБ) татварын гэрээний үлгэрчилсэн загваруудын холбогдох заалтуудын дагуу байгуулсан энэхүү Конвенцийн заалтууд нь ерөнхийдөө ЭЗХАХБ болон НҮБ-ын гэрээний үлгэрчилсэн загварын тайлбарт дурдсантай ижил утгатай байна. Энэхүү Конвенц хүчин төгөлдөр болсоноос хойш эрх бүхий байгууллагууд хоорондоо харилцан тохиролцсон тайлбарын хувьд өмнөх өгүүлбэр үйлчлэхгүй. Тайлбар нь 1969 оны 5 дугаар сарын 23-ны өдрийн Олон Улсын Гэрээний тухай Венийн Конвенцийн агуулгын дагуу тайлбар тодруулга хийх нэг хэрэгсэл бөгөөд энэ нь тодорхой цаг хугацаанд өөрчлөгдөж байдаг. Хэрэв ЭЗХАХБ болон НҮБ-ын гэрээний үлгэрчилсэн загварын тайлбарууд нь өөр өөр байвал 26 дугаар зүйлийн дагуу талууд харилцан тохиролцож нэгдмэл тайлбар хийнэ.

24 дүгээр зүйлийн 1 дэх заалтын "в" заалтын нэмэлт:

Хэрэв тухайн үйлдэл нь үндсэндээ татвараас зайлсхийх зорилготойгоор хийгдсэн бол тус заалт энд үйлчлэхгүй.

Дээр дурдсаныг нотолж, Хэлэлцэн тохирогч хоёр Талын зохих ёсоор эрх олгогдсон этгээд энэхүү Конвенцид гарын үсэг зурав.

Энэхүү Конвенцийг Вена хотноо 2003 оны 7 дугаар сарын ...-ны өдөр герман, монгол, англи хэлээр тус бүр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд эх бичвэрүүд нь адил хүчинтэй байна. Энэхүү Протоколыг тайлбарлахад зөрүү гарвал англи хэлээрх эх бичвэрийг баримтлана.

**БҮГД НАЙРАМДАХ АВСТРИ
УЛСЫГ ТӨЛӨӨЛЖ**

МОНГОЛ УЛСЫГ ТӨЛӨӨЛЖ


